



CDU-Landesgruppe
Baden-Württemberg

Fürs Ländle in Berlin!

19. Oktober 2018



Menschenrecht auf Religionsfreiheit weltweit stärken



Von **Markus Grübel MdB** (Wahlkreis Esslingen)

Religionsfreiheit ist ein fundamentales Menschenrecht. Der Viertel aller Menschen leben in Ländern, in denen ihre Religionsfreiheit eingeschränkt ist oder völlig in Frage gestellt wird. Weltweit sind die Christen die größte betroffene Religionsgruppe. Aber auch Muslime, Juden, Buddhisten, Hindus und andere sind betroffen. In diesem Jahr hat die Bundesregierung erstmals das Amt eines Beauftragten für weltweite Religionsfreiheit geschaffen. Das macht deutlich, dass uns der Schutz der Religionsfreiheit am sehr wichtig ist. Das macht aber leider auch deutlich, dass dieses zentrale Menschenrecht nicht überall geschützt wird. Verletzungen der Religionsfreiheit haben erheblich zugenommen

Meine Aufgabe ist es, über die Lage der Religionsfreiheit alle zwei Jahre zu berichten. In enger Kooperation mit dem Auswärtigen Amt werde ich einen Bericht erstellen, in dem wir die Situation in den einzelnen Staaten systematisch herausarbeiten und alle Gruppen berücksichtigen. Einen Schwerpunkt möchte ich auf den Irak legen. Dort gilt es, nach den Schrecken der IS-Herrschaft, eine Nachkriegsordnung zu etablieren, die ein friedliches Miteinander der verschiedenen religiösen Gruppen ermöglicht. Mein Amt möchte ich außerdem dazu nutzen, einen öffentlichen, angstfreien Dialog über Religionsfreiheit anzustoßen.

Religionen gelten oft als Brandbeschleuniger. Dabei wird das große Potential von Religionen zu Frieden in der Welt beizutragen, übersehen. Auch darüber müssen wir mehr aufklären!

Beitrag zur Arbeitslosenversicherung sinkt auf 2,6 %



Von **Peter Weiß MdB** (Wahlkreis Emmendingen-Lahr)

Die entscheidende Entlastung für alle Bürgerinnen und Bürger durch das in dieser Woche in den Bundestag eingebrachte Qualifizierungschancengesetz ist die Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages. Hier konnten wir erreichen, dass sogar eine noch größere Entlastung umgesetzt wird, als im Koalitionsvertrag vorgesehen. Statt um 0,3 Prozentpunkte wird der Arbeitslosenversicherungsbeitrag zum 01. Januar 2019 per Gesetz um 0,4 Prozentpunkte von derzeit 3,0 auf 2,6 Prozent gesenkt. Zusätzlich erfolgt eine weitere bis Ende 2022 befristete Absenkung per Verordnung um weitere 0,1 Prozentpunkte. Mit dieser Kombination aus gesetzlicher Regelung mit einer befristeten Verordnung besteht die Möglichkeit, kurzfristig auf Änderungen reagieren zu können.

Damit erreichen wir insgesamt eine Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages um 0,5 Prozent und einen Beitrag auf historischem Tiefstand. Vor etwas mehr als 10 Jahren, im Jahr 2006, lag der Beitrag noch bei 6,5 Prozent. Bei einem durchschnittlichen Bruttoeinkommen von 3156 Euro ergibt sich dadurch eine Ersparnis von knapp 16 Euro monatlich oder rund 200 Euro im Jahr. Im kommenden Jahr werden die Beitragszahler damit um insgesamt rund sechs Milliarden Euro entlastet. Diese Verbesserungen sind möglich durch die gute Finanzlage der Bundesagentur für Arbeit. Selbst mit der Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages erwartet die BA Ende 2019 immer noch einen Überschuss von 500-700 Mio. Euro.

[#.Video.der.Red](#)

Akute Trockenheitsschäden im Wald abfedern



Von **Alois Gerig MdB** (Wahlkreis Odenwald-Tauber)

Die Hitzeperiode im Sommer und der Sturm "Friederike" im Januar machen deutlich, welche Auswirkungen extreme Wetterereignisse auf unsere Wälder haben können: Trockenschäden, Waldbrände, akuter Borkenkäferbefall und große Mengen Sturmholz. Die dramatische Lage bereitet den Waldeigentümern große Sorgen, auch weil in Folge der Ereignisse die Preise auf dem Holzmarkt eingebrochen sind. Neben der kurzfristigen Schadensbewältigung, die mit Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) unterstützt werden kann, ist es notwendig, unsere Wälder langfristig auf den Klimawandel einzustellen. Denn: Deutschland ist ein starkes Waldland. Unser Ziel ist, dass dies so bleibt. Dafür braucht es stabile und anpassungsfähige Mischwälder. Den dafür erforderlichen Waldumbau unterstützt der Waldklimafonds. Für 2019 ist dafür ein deutlicher Mittelaufwuchs auf 25 Millionen Euro vorgesehen. Das geplante Kompetenz- und Informationszentrum Wald und Holz wird ebenfalls dazu beitragen, die Wälder fit für den Klimawandel zu machen. Ziel ist, den Wald als Ökosystem, Klimaschützer, Rohstofflieferant und Erholungsraum zu erhalten. Dies ist nicht zuletzt auch für Baden-Württemberg sehr wichtig: 38,4 Prozent der Fläche unseres Bundeslandes ist von Wald bedeckt – mit 1,37 Millionen Hektar Wald leben wir in einem der walddreieichsten Bundesländer.

Entlastung bei der Krankenversicherung



Von **Karin Maag MdB** (Wahlkreis Stuttgart II)

Mit dem am Donnerstag beschlossenen GKV-Versichertenentlastungsgesetz entlasten wir vor allem Arbeitnehmer und Rentner in einer Größenordnung von acht Milliarden Euro jährlich. Künftig sollen sich die Arbeitgeber und die Rentenversicherung wieder hälftig an den Zusatzbeiträgen zur Krankenversicherung beteiligen, die bisher vom Versicherten alleine zu tragen waren. Ebenso richtig ist, dass wir die Krankenkassen, die über übermäßige Rücklagen verfügen, ab dem Jahr 2020 anhalten, ihre Rücklagen abzubauen. Eine Kasse, die künftig die gesetzlich zugelassene Höchstgrenze überschreitet, darf ihre Zusatzbeiträge nicht erhöhen.

Besonders wichtig ist uns die Entlastung der hauptberuflich Selbstständigen mit niedrigem Einkommen. Ihre monatliche Mindestbemessungsgrundlage wird noch weiter abgesenkt werden als geplant, und zwar auf 1.015 Euro. Das bedeutet, dass diese Selbstständigen künftig weniger als die Hälfte ihrer bisherigen Krankenkassenbeiträge zahlen müssen. Damit werden wir endlich der wirtschaftlichen Situation vieler kleiner Selbstständiger besser gerecht. Das war uns ein Kernanliegen in diesem Gesetz. Eine weitere Zusage aus dem Koalitionsvertrag setzen wir um: Für Soldaten auf Zeit schaffen wir ein Beitrittsrecht in die gesetzliche Krankenversicherung nach ihrem Ausscheiden aus dem Dienst. Für die Versicherten ist das insgesamt ein gutes Paket.

[#.Video.der.Red](#)

„Forum Recht“ in Karlsruhe



Von **Ingo Wellenreuther MdB** (Wahlkreis Karlsruhe-Stadt)

Der Deutsche Bundestag hat sich am Donnerstagabend zur Gründung eines „Forum Recht“ bekannt. In einem Dokumentations-, Kommunikations- und Informationszentrum soll der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben werden, zu erfahren, dass der Rechtsstaat das Rückgrat unserer Demokratie ist und wie sehr das Recht unseren Alltag prägt und unsere persönliche Freiheit schützt. Dazu ist auf dem Gelände des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe ein ca. 5.000 Quadratmeter großer Neubau vorgesehen. Dort soll neben klassischem Ausstellungsraum und einem Forum auch ein virtueller Raum entstehen, in dem Menschen in Gesprächen aufeinandertreffen und ihre Fragen, Wünsche und Visionen in Bezug auf das Thema Recht und Rechtsstaat einbringen können. Knapp 100 Millionen Euro sind dafür vorgesehen - gut investiertes Geld.

Gerade diese Bedeutung von Recht, Justiz und Rechtsstaat ist vielen nicht bewusst und muss in Zeiten wie diesen, in denen Feinde des Rechtsstaates - Links- und Rechtsextremisten - den Rechtsstaat und seine Repräsentanten bekämpfen, deutlich gemacht werden, gerade auch angesichts besorgniserregender europäischer Entwicklungen in Ungarn, Polen und in der Türkei. Der Standort Karlsruhe steht als Sitz des Bundesgerichtshofs, der Bundesanwaltschaft und des Bundesverfassungsgerichts seit 65 Jahren als Symbol für den modernen und demokratischen Rechtsstaat. Zudem wurde vor genau 200 Jahren mit der Badischen Verfassung 1818 die erste und freiheitlichste Verfassung auf deutschem Boden verabschiedet. Sie bildete die Grundlage für den Aufbau der Demokratie in Deutschland.

[#Video.der.Redde](#)

Was macht eigentlich ...



... eine Arbeitsgruppe?

In einer neuen Rubrik wollen wir die Tätigkeit der CDU-Landesgruppe und ihrer Mitglieder näher vorstellen sowie Begriffe und Aufgaben erläutern.

Neben der Fraktionsversammlung gibt es weitere wichtige Gremien, in denen die Arbeit gebündelt wird: Dazu gehören zum Beispiel die Arbeitsgruppen. Die Arbeitsgruppen – von

Haushalt und Finanzen über Familie und Gesundheit bis zu Wirtschaft und Umwelt – spiegeln thematisch die Ausschüsse des Bundestages beziehungsweise die Ministerien wider. In den Arbeitsgruppen findet die eigentliche fachliche Arbeit innerhalb der Fraktion statt – ohne dass die Öffentlichkeit groß Notiz davon nimmt. Dort werden die Gesetzentwürfe der Bundesregierung beraten, Veränderungen aus Sicht der Fraktion diskutiert oder eigene Gesetzentwürfe erstellt. Es werden Anträge besprochen, die Sitzungen der Ausschüsse vorbereitet und Strategien im Umgang mit Themen beraten. Viele der AG-Mitglieder sind für das jeweilige Sachgebiet schon durch ihre vorangegangene Berufstätigkeit ausgewiesen oder haben sich - zum Teil über mehrere Wahlperioden - auf bestimmte Materien spezialisiert.

Die Arbeitsgruppenvorsitzenden sind die politisch verantwortlichen Sprecher für ihr Gebiet. Zu den Organisationseinheiten der Fraktion gehören darüber hinaus die sogenannten soziologischen Gruppen sowie Beauftragte für bestimmte Sachgebiete. Die soziologischen Gruppen sind so etwas wie Interessenvereinigungen innerhalb der Fraktion, etwa die Gruppe der Frauen oder die Arbeitnehmergruppe.

Reden & Videos

Plenarsitzungen, Beiträge und Reden der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten sind jederzeit abrufbar unter [bundes-tag.de/mediathek](https://www.bundes-tag.de/mediathek).

Weitere Informationen finden Sie unter



Pressemeldungen

Aktuelle Pressemeldungen der CDU-Landesgruppe finden Sie auf der [Website der CDU-Landesgruppe](#).

Kontakt

Platz der Republik
Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 - 70269
Fax 030 / 227 - 76251

[E-Mail](#)
[Website](#)

Fotos: Fotolia/travelwitness (Reichstag).

Impressum:

*CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

[Newsletter abonnieren](#)